

Tief gespalten

Die Misere der italienischen Linken. Ist die Gründung einer neuen Partei ein Ausweg? Kommunisten setzen auf Wiederherstellung ihrer Einheit

Gerhard Feldbauer

Die Krise der italienischen Linken hält unvermindert an. Ihre stärkste Kraft – die man nur von der Basis her noch zur Linken rechnen kann – ist der über Etappen aus der 1991 liquidierten Italienischen Kommunistischen Partei (PCI) hervorgegangene Partito Democratico (PD). Sein sozialdemokratisches Outfit ist mehr ein Mäntelchen, das den von Parteichef und Premier Matteo Renzi, einem früheren rechten Christdemokraten, verfolgten arbeiter- und gewerkschaftsfeindlichen Kurs verdecken soll. Nachdem dieser dem Vorsitzenden des Industriellenverbandes Confindustria, Giorgio Napolitano, im Frühjahr 2015 versichert hatte, »die Zeiten seien vorbei, dass eine Demonstration der Gewerkschaften die Regierung aufhalten könne«, und er elementare Arbeiterrechte, wie den Kündigungsschutz beseitigt hatte, laufen dem PD nicht nur die Anhänger der auf linken Positionen verbliebenen Basis in Scharen davon, sondern auch führende Funktionäre. Es wird geschätzt, dass etwa 100.000 Mitglieder den PD verlassen haben. Ihre Vertreter verkündeten auf einer gemeinsamen Beratung Anfang Juli 2015, mit der Partei »Linke Umwelt und Freiheit« (Sinistra Ecologia Libertà – SEL), einem Teil der Partei der Kommunistischen Wiedergründung (Rifondazione Comunista – PRC) und weiteren Linken eine neue Linkspartei zu gründen. Vielen schwebt als Modell die griechische Syriza vor. Schon zu den Wahlen zum Europaparlament 2014 war aus ihren Reihen eine »Liste Tsipras« angetreten, die für Strasbourg allerdings nur drei Sitze erringen konnte. Nicht zuletzt nach den Misserfolgen in Athen fragt sich, ob das ein Ausweg sein kann. Untersuchen wir zunächst, wie der Werdegang nach 1990/91 verlaufen ist.

Von Gramsci zu Agnelli

Als die Revisionisten im Januar 1991 den PCI in eine sozialdemokratische Linkspartei (Partito Democratico della Sinistra – PDS) umwandelten, argumentierten sie, die alte Spaltung in Kommunisten und Sozialdemokraten/Sozialisten überwinden zu wollen, um eine starke Linke zu schaffen. An PCI-Gründer Antonio Gramsci wollten sie anknüpfen, alles an kämpferischen Traditionen der Arbeiterbewegung bewahren und fortführen. Schon ein Jahrzehnt später hatten diese Bekenntnisse sich in nichts aufgelöst. Im Januar 2000 waren auf dem Parteitag der Linksdemokraten¹ in Turin die Bilder von Gramsci, die noch die Gründungsversammlung geschmückt hatten, verschwunden. Statt dessen sahen Genossen auf den Monitoren im Kongressgebäude ihren Parteichef Walter Veltroni und Massimo D'Alema, zu dieser Zeit Ministerpräsident, nacheinander mit Giovanni Agnelli, dem Besitzer des größten privaten Industriekonzerns, als Ehrengast in herzlicher Umarmung. Die DS-Führung wollte Dankbarkeit und Zuverlässigkeit demonstrieren. Denn Agnelli hatte schon zu den Parlamentswahlen 1996 offiziell seine Sympathien für eine Regierung mit den neuen Sozialdemokraten bekundet. Diese Rechnung ging bei den Wahlen im Frühjahr 2001 jedoch nicht auf. Im Konkurrenzkampf der führenden Kapitalkreise setzte sich der Milliardär und Medientycoon, Silvio Berlusconi, durch.

Die Linksdemokraten standen vor dem Scherbenhaufen ihres Projekts »Heimkehr zur Sozialdemokratie«. Statt Lehren zu ziehen und sich tatsächlich auf das kämpferische sozialistische Erbe, zu besinnen, erkoren sie Gerhard Schröder, Tony Blair und selbst Bill Clinton zu Leitbildern ihres Auswegs aus der Krise. Sie hofierten die in der Nachfolge der 1994 im Korruptionssumpf untergegangenen Democrazia Cristiana (DC) entstandenen katholischen Zentrumsparteien, mit denen sie sich zu einer liberalen Organisation der Mitte zusammenschließen wollten.

2006 konnte bei den Parlamentswahlen eine von dem Mitte-Links-Politiker Romano Prodi geführte Koalition aus Christdemokraten, Linksdemokraten und Kommunisten, wenn auch sehr knapp, das rechtsextreme Bündnis von Berlusconi schlagen. Entscheidend dafür war das Versprechen Prodis, die 2.300 italienischen Soldaten aus Irak abzuziehen, was er als Regierungschef auch verwirklichte. Die 1.900 Mann aus Afghanistan ebenfalls heimzuziehen, lehnte er unter dem Druck der USA ab. Nach dem Wahlsieg wurde der Exkommunist und nunmehrige Linksdemokrat Giorgio Napolitano Staatspräsident. An die Spitze der Abgeordnetenkommission trat gar PRC-Sekretär Fausto Bertinotti. Genutzt wurden die Machtpositionen zur Durchsetzung linker Positionen nicht.

Eine liberale Partei der Mitte

In der Regierungszeit schien der DS-Führung die Situation günstig, eine liberale Partei der Mitte zu bilden. Als Partner fand sich die katholische Zentrumspartei La Margherita. 2002 als ein Nachfolger der DC entstanden, hatten sich in ihr viele einstige Anhänger Aldo Moros zusammen gefunden.² Die Partei leitete der frühere »nationale Koordinator« der Verdi (Grünen), Francesco Rutelli. Am 14. Oktober 2007 entstand der Partito Democratico (PD). Sein Vorsitzender wurde das frühere PCI-Politbüromitglied Walter Veltroni. Rutelli, der gehofft hatte, die Führung des PD dauerhaft zu übernehmen, verließ die Partei zwei Jahre später wieder. Führende Linksdemokraten nahmen mit dieser Fusion endgültig Abschied von revolutionären sozialistischen bzw. sozialdemokratischen Traditionen und entsagten jeder linken Orientierung. Etwa 15 Prozent der DS-Mitglieder verweigerten sich dem Zusammenschluss und gründeten danach eine Sinistra Democratica, die 2009 der SEL beitrug.

Prodi wurde im Januar durch ein Misstrauensvotum im Senat von Berlusconi gestürzt. Dazu hatte der Medientycoon einen Senator der Regierungskoalition mit einem Bestechungsgeld in Höhe von drei Millionen Euro auf seine Seite gezogen.³ Staatspräsident Napolitano schrieb für April 2008 vorgezogene Neuwahlen aus. Das Konzept der PD-Gründer ging dabei nicht auf. Auch wenn sich PD-Chef Veltroni im Wahlkampf als besserer Vertreter einer »produktiven Bourgeoisie« anbot, zogen es viele bürgerliche Wähler vor, als deren Repräsentanten den Großkapitalisten Berlusconi zu wählen, dem sie größere Eignung attestierten. Ergebnis war, dass Berlusconis zusammen mit den Faschisten von der Alleanza Nazionale (AN) gestiftete Wahlliste Il Popolo della Libertà (Volk der Freiheit – PdL)⁴ rund 37,5 Prozent erreichte, der PD nur knapp über 33. Hinzu kamen 8,3 Prozent für die rassistische Lega Nord, die wieder in Berlusconis Regierung eintrat.

Zweiter Versuch der KP-Liquidierung

Wie verlief der Werdegang des von den Gegnern der PDS-Gründung im Dezember 1991 gegründeten Partito della Rifondazione Comunista (PRC)? Bei den Parlamentswahlen im Frühjahr 2006 erhielt sie 5,8 Prozent der Stimmen. Es stellte sich schon bald als verhängnisvoll heraus, dass die Neugründer sich nicht mit dem (auch opportunistischen) Erbe des PCI auseinandersetzten, sondern schlicht mit ihm brachen. Nachdem 1994 PRC-Sekretär Sergio Garavini mit einer Dissidenten-Gruppe zum PDS gewechselt war, wurde Fausto Bertinotti, wie Garavini eine frühere Führungsfigur des größten Gewerkschaftsdachverbands CGIL, zum Sekretär gewählt. 1998 verließ mit dem auf dem Gründungskongress zum Vorsitzenden gewählten früheren PCI-Politbüromitglied Armando Cossutta eine weitere Gruppe den PRC und gründete die Partei der

italienischen Kommunisten (PdCI). Etwa ein Fünftel der 130.000 Mitglieder des PRC folgten ihm.

Die Delegierten des PRC-Parteitag 2002 sagten sich vom Marxismus-Leninismus los. Die Leninsche Imperialismus-Analyse wurde als »unangemessen zur Interpretation der Form der Herrschaft des neuen Kapitalismus« erklärt. Die führende Rolle habe nun nicht mehr die Arbeiterklasse sondern die Antiglobalisierungsbewegung. Zu den Parlamentswahlen im April 2001 trat der PRC allein an. Über fünf Prozent Stimmen zeigten, dass er weiterhin über eine gewisse Massenbasis verfügte. Das Mitte-Links-Lager jedoch verlor die Wahl. Im April 2006 trat der PRC dann wieder dem von Prodi gebildeten Mitte-Links-Bündnis bei, das Berlusconi schlagen konnte. Die PRC kam auf über fünf Prozent, der PdCI auf mehr als zwei.

Die Beteiligung beider KPs an der bürgerlichen Mitte-Links-Regierung 2006–2008 wurde zur Katastrophe für die kommunistische Bewegung. Aus Protest gegen diesen Kurs verließ die Gruppe Progetto Comunista des Philosophieprofessors Marco Ferrando, Mitglied der IV. (trotskistischen) Internationale, 1991 Mitbegründer des PRC, die Partei und gründete im September 2006 die Kommunistische Arbeiterpartei (Partito Comunista dei Lavoratori – PCL). In der Regierung trugen PRC und PdCI den Sozialabbau mit und stimmten – entgegen den Forderungen ihrer Basis und der starken Friedensbewegung – für den Verbleib der italienischen Truppen in Afghanistan. Zu den vorgezogenen Parlamentswahlen 2008 gründete Bertinottis Partei mit Grünen und anderen linken Gruppen ein Regenbogen-Bündnis (Arcobaleno) und wollte daraus eine eigene Linkspartei formieren, in der die Kommunisten nur eine Strömung bilden sollten. Das unterschied sich in nichts von der Umwandlung genannten Auflösung des PCI 1991 und war, so eine Einschätzung Domenico Losurdos,⁵ der zweite Versuch, die Kommunistische Partei zu liquidieren. Bertinotti bot dem PD-Vorsitzenden Veltroni im Falle einer fehlenden Mehrheit nach einem Wahlsieg Unterstützung an. Viele PRC-Wähler befürchteten, die Partei könnte dann in eine PD-Regierung eintreten und deren propagierte Zusammenarbeit mit dem »demokratischen Kapitalismus« mittragen. Im Ergebnis dieses revisionistischen Kurses, der zu einem ungeheuren Verlust an Glaubwürdigkeit führte, scheiterte der Arcobaleno mit 3,1 Prozent an der Vier-Prozent-Hürde. Die Kommunisten sind seitdem zum ersten Mal nach 1945 nicht mehr im Parlament vertreten. Die Folgen der Zersplitterung zeigten sich auch daran, dass der allein angetretene PCL und die PRC-Strömung Kritische Linke 0,6 bzw. 0,4 Prozent erreichten, was den Regenbogen über die Vier-Prozent-Hürde hätte bringen können.

Der PRC-Parteitag 2008 lehnte die Umwandlung in eine Linkspartei ab, verurteilte die Regierungsbeteiligung und wollte »eine Wende nach links« einleiten. Nichi Vendola, damals Leitungsmittglied von Rifondazione, hatte dieses Vorhaben unterstützt und kandidierte als neuer Sekretär. Gegen ihn trat der ehemalige Turiner Stahlarbeiter Paolo Ferrero an, der 1991 die PRC mit begründet hatte, und wurde gewählt. Er war in der Regierung 2006 bis 2008 Sozialminister und Vizepremier, hatte sich auf dem Parteitag jedoch auf die Seite der Kritiker solcher Pläne geschlagen. Der PRC stand nach diesem Parteitag vor der Bewährungsprobe. Allerdings wurde die Chance, eine Wende nach links herbeizuführen, vertan. Wie eingangs angeführt, setzten sich die Revisionisten durch. Mit sieben Jahren Verspätung wollen sie sich jetzt mit Ferrero an der Bildung einer neuen Linkspartei beteiligen.

Sehr viele Wähler verloren sowohl PRC als auch PdCI an die von dem früheren Starkomiker Beppe Grillo nach 2008 formierte Protestbewegung Fünf Sterne (Movimento Cinque Stelle – M5S), die bei den Parlamentswahlen 2013 auf Anhieb mit 25,5 Prozent hinter den von PD und PdL angeführten Wahlkoalitionen auf Platz drei landete. Ihr Erfolg beruhte auf der mit einiger Radikalität vorgebrachten Kritik am herrschenden System, die den Linken, eingeschlossen die Kommunisten, längst abhanden gekommen ist. Die zu anarchistischen Tendenzen neigende, inzwischen auch in Strömungen gesplante Bewegung lehnt jede Zusammenarbeit mit dem PD ab. Ihre zunehmend rechte Ausrichtung zeigte sich jüngst in ihrer Teilnahme an der Hetzkampagne der rassistischen Lega Nord gegen Flüchtlinge und Migranten, die auf den Sturz des Premiers abzielt.

Ein Modell der jetzt angestrebten neuen Linkspartei bildet die von Vendola im Dezember 2009 mit einer

Gruppe von PRC-Mitgliedern, einem Rest von Linksdemokraten und Grünen gegründete Sinistra Ecologia Libertà. Vendola hatte als vorheriges ZK-Mitglied des PCI den PRC mitgegründet und 2009 zusammen mit Bertinotti wieder verlassen. 2005 hatte er als Kandidat eines Mitte-Links-Bündnisses die Präsidentenwahlen in Apulien (Süditalien) gewonnen und wurde 2010 im Amt bestätigt. In der Landesregierung setzte er einige soziale Verbesserungen, darunter für Jugendliche, durch. Der »Mann mit dem Ohrring«, wie er genannt wird, bekennt sich zu seiner Homosexualität, hat nichts dagegen, wenn sein katholisches Glaubensbekenntnis erwähnt wird und gilt als ein populärer Linker. Sollte die geplante neue Linkspartei Gestalt annehmen, wird allgemein erwartet, dass er ihre Führung übernimmt.

Ein Ausweg?

Noch gibt es eine kämpfende Masse. Zehntausende, oft auch Hunderttausende, gehen auf die Straße, um nicht nur ihre sozialen Rechte einzufordern, sondern auch einen Politikwechsel. Es war dieser Druck, der die führende Kapitalkreise im November 2011 veranlasste, Berlusconi zum Rücktritt zu zwingen. Den kampfbereiten Massen fehlt jedoch eine revolutionäre Vorhut. Die Kommunisten sind in die drei Parteien und mehrere Gruppen bzw. Strömungen zersplittert. Von den einst einmal 130.000 Mitgliedern des PRC halten ihm derzeit noch etwa 10.000 die Treue, rund ebenso viele gehören dem PCdI⁶ an, zirka 1.500 sind im PCL organisiert, etwa 2.000 in weiteren Gruppen, darunter der Rete dei Comunisti. Die Aktivisten der letztgenannten Organisation arbeiten in der rund 250.000 Mitglieder zählenden Unione Sindacale di Base (USB) mit, die einen beträchtlichen Einfluss unter den Beschäftigten des öffentlichen Dienst ausübt.

Italiens Kommunisten, die sich zu ihrer Identität bekennen, haben bereits nach der Niederlage 2008 dazu aufgerufen, die zersplitterten kommunistischen Kräfte zu vereinigen. Mit dem führenden kommunistischen Philosophen Losurdo an der Spitze verabschiedeten über 100 Persönlichkeiten einen Appell, um eine »konstituierende Phase« zur Wiederherstellung der Einheit der Kommunisten einzuleiten.

Seitdem ist es, wenn auch langsam, aber kontinuierlich, Schritt für Schritt vorangegangen. Am 21. Januar 2015 konnten 150 Kommunisten in Livorno eine positive Bilanz ziehen. Ihren vorher erneuerten Appell hatten diesmal auf Anheb über 1.500 Persönlichkeiten unterzeichnet. Er orientiert darauf, dass alle kommunistischen Kräfte sich zusammenschließen, um »ausgehend von den Beiträgen Lenins und Gramscis« auf »einer klaren internationalistischen und antiimperialistischen Ausrichtung« gemeinsam zu kämpfen.⁷

Die Tagung beschloss, eine Vereinigung zur langfristigen Vorbereitung einer einheitlichen kommunistischen Partei und ihrer Zusammenarbeit mit der Linken insgesamt zu bilden. Danach fanden in 20 Großstädten und zahlreichen Ortschaften mit zusammen mehreren tausend Teilnehmern weitere Einigungsveranstaltungen statt, die von der gesellschaftlich breiten Verwurzelung der Bewegung zeugten. Sie kamen aus PCdI und PRC, aus den Gewerkschaften, sozialen Zentren, waren Wirtschaftsmanager, Vertreter der Wissenschaft, der Literatur und der Kunst. Als eine treibende Kraft zeigt sich die PCdI, die auf ihrem Parteitag im Juli 2013 unter ihrem neuen Sekretär Cesare Procaccini⁸, einen Prozess der Auseinandersetzung mit dem opportunistischen Erbe in der kommunistischen Bewegung einleitete.

Es bleibt abzuwarten, wann die Initiatoren zur Gründung einer einheitlichen KP schreiten werden. Es gibt Stimmen, das bald zu tun, um zu den Parlamentswahlen 2017 anzutreten. Um die Drei-Prozent-Hürde zu überwinden⁹, müssten etwa 750.000 Italiener diese neue Partei wählen. Ob eine einheitliche Kommunistische Partei kurzfristig ein solches Wählerpotential mobilisieren kann, scheint derzeit eher fraglich. Vorherrschende Meinung ist deshalb, dass eine neue KP an Gramsci anknüpfen und sich auf eine längere Periode des »Stellungskrieges« vorbereiten sollte, um Schritt für Schritt die Positionen in der Gesellschaft zurückzuerobern, welche die PCI schon einmal eingenommen hatte.

Anmerkungen

1 1998 hatte sich die PDS in Linksdemokraten (Democratici di Sinistra – DS) umbenannt.

2 Moro hatte mit PCI-Generalsekretär Enrico Berlinguer nach den Parlamentswahlen von 1976 über eine Regierung der »Nationalen Solidarität« verhandelt. Danach war er am 9. Mai 1978 einem von der CIA mit reaktionären Kräften in Italien inszenierten Mordkomplott zum Opfer gefallen.

3 Nach seinem Rücktritt 2011 wurde er deswegen in Neapel angeklagt und in erster Instanz bereits zu drei Jahren Haft verurteilt.

4 Berlusconi hatte nach der PD-Gründung seine 1994 entstandene rechte Forza Italia (FI) mit den Faschisten der Alleanza Nazionale (AN), die 1995 aus der »Sozialbewegung« MSI, einem Nachfolger der 1946 gebildeten Mussolinipartei hervorging, vereinigt und sie auf diesen Namen umgetauft.

5 Professor für Philosophie an der Universität Urbino, Präsident der Internationalen Gesellschaft für dialektisches Denken. Unter zahlreichen Publikationen sind zum Thema zu nennen: »Kampf um die Geschichte« und »Demokratie und Bonapartismus«, 2007 bzw. 2008 bei Papyrossa, Köln.

6 Der PdCI hat auf seinem Parteitag 2013 seinen ursprünglichen Namen Partito dei Comunisti Italiani (Deutsch: Partei der Kommunisten Italiens) umgestellt in PCdI Partito Comunista d'Italia (Deutsch: Kommunistische Partei Italiens). Das geschah, um stärker an den traditionsreichen Namen der PCI anzuknüpfen.

7 <http://www.ricostruirepc.it>

8 Aus dem PCI kommend gehörte der Metallarbeiter zu den Mitbegründern des PRC.

9 Festgelegt im neuen, 2015 verabschiedeten Wahlgesetz für allein antretende Parteien.

Gerhard Feldbauer schrieb auf diesen Seiten zuletzt am 9. Juni über den Kriegseintritt Italiens an der Seite Nazideutschlands vor 75 Jahren.

<http://www.jungewelt.de/2015/08-26/002.php>